

«Nachteile? Im Moment sehe ich keine»

Fusion Olten Plus Hauenstein-Ilfenthal empfindet die Fusionsbemühungen als grosse Chance

Im Moment nur Vorteile für Hauenstein-Ilfenthal: So beschreibt Gemeindepräsident Jürg Ryffel die Ausgangslage der Jurasüdfuss-Gemeinde bei einer Fusion zu Olten plus.

URS HUBER

«Nein.» Jürg Ryffel, der Gemeindepräsident von Hauenstein-Ilfenthal lacht: «Als Abwickler von Hauenstein-Ilfenthal wurde ich im Dorf noch nie bezeichnet.» Hätte ja sein können, dass sich langjährige, eingesessene Hauensteiner etwa negativ zu den Fusionsabsichten äussern würden. Aber: «Im Moment höre ich nicht viel darüber im Dorf», so Ryffel weiter. Hin und wieder komme ihm eine Frage zu Ohren, die er aber meist nicht beantworten könne. «Oder noch nicht», meint er. Ein Beispiel? Ob im Falle einer Fusion etwa mehr Polizeikräfte anzutreffen seien hier oben, habe er wissen wollen.

Noch wenig Gesichertes

«Derzeit», so Ryffel, «kann sowieso noch nicht viel Gesichertes über die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen gesagt werden.» Die Sache mit den Ortsbezeichnungen, dem Wappen, das sei klar. Aber sonst? Bezüglich der Feuerwehr – so die Planung – könne man davon ausgehen, dass jeder Ortsteil (Hauenstein-Ilfenthal, Trimbach und Wisen) je mit einem Löschzug ausgerüstet werde. «Aber gesichert ist das nicht», fügt er der Fusionsbefürworter, wie er sich selbst bezeichnet, hinzu. «Ich bin auch stets dafür eingetreten, das Projekt nicht über Jahre hinwegzudehnen, sondern zügig voranzutreiben.»

Inwiefern die fusionswilligen Gemeinden auch die richtigen seien? Ryffel zögert keine Sekunde. «Ich glaube, mit den vier Gemeinden sind schon die richtigen am Fusionsprojekt beteiligt. Das Gebiet ist überschaubar geblieben. Natürlich waren zu Beginn noch andere Agglomerationsgemeinden Olten mit im Boot: Wangen, Dulliken, Winznau oder auch Rickenbach. Vielleicht ist die Fusion Olten plus auch einfach als Startplattform zu verstehen, an der sich andere Gemeinden später andocken können», führt der 60-jährige ehemalige Bankfachmann aus. Aber dies werde die Zukunft zeigen.

Eine echte Chance ...

Ryffel versteht die Fusion ganz im Sinne der herkömmlichen Argumentation als Chance für die Region. «Klar, zunächst stehen ideale Motive im Vordergrund. Nicht jeder Entscheidung offenbart unmittelbar seine positiven Folgen», findet er. Aber unter dem Vorzeichen –



CHANCE FÜR HAUSTEIN-IFENTHAL Gemeindepräsident Jürg Ryffel sieht in einer Fusion Potenzial für alle. HUB

Knotenpunkt im Mittelland – habe sich Olten und auch dessen Umland zu positionieren. «Ich glaube, in Olten versteht man, dass dies ohne uns nicht geht. Nicht zuletzt darum verlaufen die Fusionsvorbereitungen in einem angeregten, konstruktiven Klima, wo sich niemand als Underdog vorkommen muss», fasst der Gemeindepräsident seine Erfahrungen zusammen. Natürlich bringe die Stadt das grösste Potenzial mit in die Verhandlungen ein, aber es gelte seit Verhandlungsstart die Devise «Mittelland».

... auch für Hauenstein-Ilfenthal

Abgesehen vom regionalen Aspekt der Fusion sieht Ryffel auch für seine Gemeinde grosse Vorteile, ja eigentlich nur Vorteile. «Nachteile? Im Moment sehe ich keine», sagt er bestimmt. Mit Sicherheit würde ein Zusammengehen die angespannte Finanzlage von Hauenstein-Ilfenthal entschärfen, sagt er. Mit einem Steuersatz von 128 Punkten liegt man schon heute im Bezirk Gösigen unter elf Gemeinden an zweithöchster Stelle. Lediglich Wisen liegt mit 129 Punkten noch um einen Punkt un-

günstiger. Eine verkehrstechnisch optimiertere Anbindung ans Zentrum Olten stellt sich Ryffel ebenso vor wie ein moderates Bevölkerungswachstum. Dabei weiss Ryffel exakt um die Angst im Dorf vor einer gewissen «Überfremdung». «Das sind emotionale Beweggründe», meint er. «Denen muss man sorgfältig begegnen.»

Gut möglich, dass auch das Naherholungsgebiet im Jura mit einer Fusion zu grösserer, überregionaler Bedeutung käme. Ryffel jedenfalls möchte diesen positiven Aspekt nicht ausschliessen. «Die Ortsbezeichnung Olten ist sicher weit geläufiger als jene von Hauenstein-Ilfenthal», lacht er.

Im Falle einer Ablehnung muss die Gemeinde Hauenstein-Ilfenthal die zukünftigen Infrastrukturprojekte kritisch überprüfen. «Derzeit planen wir eine neue Quartierstrasse, haben ein Schulhaus, welches längst isolationsmässig saniert gehört und diskutieren mit dem Kanton, die alte Strassenpflasterung im Dorfkern zu ersetzen.» Eine Standortbestimmung würde zwingend, von der schier unüberwindbaren Schwierigkeit, Behördenmitglieder für

ein Amt gewinnen zu können, will Ryffel gar nicht erst reden. Darüber hinweg tröstet auch der Umstand nicht, dass ein solches Unterfangen bezüglich aktiver ehrenamtlicher Mitarbeit auch in

grösseren Gemeinden kein leichtes ist. «Wir müssten allenfalls gewisse Dienste extern einkaufen und das ist mit Sicherheit nicht der billigere Weg», bilanziert Ryffel.

FACHGRUPPEN AN DER ARBEIT

Im Februar 2010 war nach rund zweijährigen Vorarbeiten zwischen Olten, Trimbach, Hauenstein-Ilfenthal und Wisen ein Fusionsvorvertrag unterschrieben worden. Darin verpflichteten sich die beteiligten Gemeinden, einen Fusionsvertrag auszuarbeiten, der den Stimmberechtigten der Gemeinden voraussichtlich im Herbst 2011 vorgelegt werden soll. Anschliessend wurde die Bevölkerung in allen vier Gemeinden eingeladen, ihre Bedürfnisse bekannt zu geben – einerseits an je einer öffentlichen Veranstaltung, andererseits via Fragebogen. Standen beim grossen Partner vor allem Überlegungen zum konkreten Nutzen und zu den finanziellen Konsequenzen im Vordergrund, machte sich die Bevölkerung der kleineren Gemeinden vor allem Gedanken zu Fragen der Identität und des Angebots vor Ort. An allen vier Standorten wurden aber auch die Chancen eines Zusammen-

gehens gewürdigt. In der Folge befassten sich die Exekutiven der vier Gemeinden in ihren Räten mit den Ergebnissen der Bevölkerungsforen und formulierten auf dieser wie auch auf der Grundlage des Schlussberichts der Studie «Chancen und Risiken einer Fusion der Stadt Olten mit ihren Nachbargemeinden vom Juni 2009» eine gemeinsame Ausgangslage für die nun folgende, wichtige Phase: In diesen Tagen arbeiten acht Fachgruppen den Auftrag, die fusionierte Gemeinde und damit auch deren Verwaltung zu skizzieren, die Kosten der Umsetzung abzuschätzen sowie einen Finanzplan zu erstellen. Gegen Ende dieses Jahres soll ein Entwurf des Fusionsvertrags vorliegen, der anschliessend bei den Gemeinden in Vernehmlassung geht. Mit einer abstimmungsreifen Fusionsvorlage an die Stimmberechtigten ist frühestens im Herbst 2011 zu rechnen. (PD)

Tiefenbohrungen auch am Jurasüdfuss

Radioaktive Abfälle Kantone fordern Zusatzuntersuche, bevor Standorte aus dem Rennen ausscheiden

Die acht möglichen Standortkantone von Tiefenlagern für radioaktive Abfälle fordern zusätzliche Felduntersuchungen über die vorgeschlagenen Standortgebiete. Das hiesse: Tiefenbohrungen auch am Jurasüdfuss.

Das Auswahlverfahren für je ein geologisches Tiefenlager für schwach- und mittelradioaktive sowie für hochradioaktive Abfälle befindet sich in der ersten von drei Etappen. Vorgestern hat sich der Ausschuss der Kantone (AdK) zum Stand des Verfahrens geäussert. Der AdK besteht aus je einem Regierungsmitglied der acht potenziellen Tiefenlager-Standortkantone AG, BL, NW, OW, SH, SO, TG und ZH. Solothurn wird von Landammann Walter Straumann vertreten.

Die Kantonsregierungen verlangen, dass «die verbleibenden relevanten Ungewissheiten durch gezielte Untersuchungen geklärt werden. Bevor einzelne Gebiete aus-

dem Verfahren ausgeschlossen oder priorisiert werden, müsse über alle ein vergleichbarer Kenntnisstand erreicht werden. Die nötigen Felduntersuchungen seien vor Ende von Etappe 2 durchzuführen, also bis 2014/15.

«Zu wenig genaue Kenntnis»

Auf Anfrage erklärte Rolf Glünkin vom Solothurner Amt für Raumplanung, dass das Standortgebiet Jurasüdfuss weniger gut untersucht sei als dasjenige im Zürcher Weinland, wo Tiefenbohrungen durchgeführt wurden. Die grösste Ungewissheit betreffe die Tektonik. «Im Bereich Born-Engelberg gibt es relativ junge, lokale Störungen der Tektonik, von denen man bisher nie genau untersucht hat, wie weit nach Osten sie reichen.»

Zu dieser Frage könnten nur Tiefenbohrungen Aufschluss geben. Die Vermutung liegt nahe, dass der Kanton Solothurn von solchen Untersuchungen eher Argwohn gegen das Standortgebiet Jurasüdfuss erwartet.

«Zusammenhalt und Image»

Nach der Abklärung der sicherheitstechnischen Eignung in der laufenden Etappe 1 sind in der Etappe 2 unter anderem so genannte «sozioökonomisch-ökologische Wirkungsstudien» vorgesehen. Der Ausschuss der Kantone empfiehlt zusätzlich die Durchführung regionaler, zwischen den Standortregionen vergleichbarer Studien zu den Themen «gesellschaftlicher Zusammenhalt» und «Image». Mit dem «gesellschaftlichen Zusammenhalt» sei die Frage gemeint, ob der Bau eines Tiefenlagers eine betroffene Region derart entzweien würde, dass bleibende Gräben in der Gesellschaft aufgerissen würden, erklärte Glünkin dazu.

Selbstverständlich bestehen zwischen den acht Standortkantonen wesentliche Differenzen, denn schliesslich fürchtet bisher jeder Kanton die negativen Auswirkungen eines Tiefenlagers und hofft, dass er letztlich nicht Standort sein werde. Darum ist die gemeinsame Stellungnahme des AdK – wie in

der Medienmitteilung ausdrücklich betont wird – keine Vorwegnahme der Stellungnahmen der einzelnen Kantone. Diese werden im Lauf des Herbstes folgen.

Anhörung ab 1. September

Der Fahrplan für die nächsten Schritte des Auswahlverfahrens präsentiert sich wie folgt. Am kommenden Montag, 23. August, wird das Bundesamt für Energie (BFE) mit einer Medienkonferenz die Anhörung zu Etappe 1 des Sachplans Geologisches Tiefenlager eröffnen. Während dreier Monate, vom 1. September bis am 30. November, werden die Dokumente zu allen in der Etappe 1 vorgesehenen Aufgaben öffentlich aufgelegt. Dazu kann jedermann Stellung nehmen.

Für das in der Region Aarau-Olten liegende Standortgebiet Jurasüdfuss führt das Bundesamt für Energie am Montag, 6. September, von 19 bis 21 Uhr, eine Informationsveranstaltung zu dieser Anhörung in der Mehrzweckhalle Niedergösgen durch. (CVA)

Die Jugendlichen sind gefasst

Reinach Der Saubannerzug vor 13 Tagen ist geklärt

Fünf Jugendliche zerstörten auf ihrem Saubannerzug vor 13 Tagen alles, was ihnen in Reinach in die Quere kam. Jetzt hat die Polizei die Schweizer im Alter von 15, 16 und 17 Jahren gefasst. Hinweise aus der Bevölkerung führten auf die Spur der jungen Täter aus dem oberen Wynental. «Wir holten sie in der Schule oder am Arbeitsplatz ab und befragten sie. Einer wurde für eine Nacht in Untersuchungshaft gesetzt», so Bernhard Unter von der Kantonspolizei. Die Täter haben bereits gestanden; ein Motiv konnten sie jedoch nicht nennen. Sie hätten vor dem Saubannerzug aber reichlich Bier getrunken.

Sie beschädigten Gebäude, Schulhäuser und Schaufenster. Der Schaden von rund 20000 Franken ist weniger als erwartet. Gross sei das Ausmass des Saubannerzuges trotzdem, meint Graser: «Die Täter zerstörten wahllos Dinge. Kaum eine Scheibe blieb ganz.» Jetzt müssen sich die Minderjährigen vor der Jugendanwaltschaft verantworten. Einzelne von der Gruppe haben zudem zugegeben, dass sie Anfang Juli an einem Einbruch in einen Imbisstand und an einem Einbruchversuch in einen Kiosk beteiligt waren. (SOM)